

A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	FDP- Fraktion
Eingang	12.10.2022
Federführend	GB 3, Abt. 3/1

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

19.10.2022

Betreff:

Haushalt 2023
- Anfrage der FDP-Fraktion

Vorbemerkung:

Der Haushalt für das Jahr 2023 wird vereinbarungsgemäß am 21.12.2022 im Rat eingebracht. Er befindet sich derzeit im verwaltungsinternen Abstimmungsprozess und es liegen noch keine abschließenden Erkenntnisse zu der Höhe von Mehr-/Minderaufwendungen bzw. Mehr-/Mindererträgen vor.

Insofern kann auch noch keine Aussage zum Ergebnis/Saldo gemacht werden. Gleiches gilt in Bezug auf den investiven Teil des Haushalts 2023.

Die einzelnen Fragen der Anfrage können daher nur teilweise beantwortet werden.

Welche zusätzlichen Belastungen für den Haushalt 2023 ergeben sich nach heutigem Stand

- **durch die Energiekostensteigerungen in städtischen Immobilien?**

Es werden deutliche Steigerungen der Energiekosten erwartet. Inwieweit sich die vorgesehene Gaspreisbremse auf die städtischen Gebäude auswirkt, kann noch nicht beurteilt werden.

Das Land NRW plant, dass man auch die durch den Ukraine-Krieg entstehenden Mehrkosten (wie die Corona-Kosten) haushaltsrechtlich „isolieren“ kann. Damit würden sich die Energiekosten nicht oder nur zum Teil negativ auf das Gesamtergebnis des Haushalts auswirken.

- **durch die Zusatzbelastungen bei der Kreisumlage?**

1 % Hebesatz bedeuten rd. 2,3 Mio. € Zahllast der Stadt. Der Hebesatz wird in der Sitzung des Kreistags am 16.12.2022 beschlossen. Die Forderung des Kreises beträgt rd. 78,8 Mio. €, die Kreisumlage in 2022 betrug rd. 71 Mio. €.

- **durch zusätzliche Transferleistungen an Personen mit niedrigem Einkommen, die durch die Mehrbelastungen bei Energiekosten Stützungsansprüche haben?**

Unmittelbare Transferleistungen von der Stadt erfolgen nicht. So wird z. B. Wohngeld über den Landeshaushalt ausgezahlt.

- **durch Mehrkosten bei der Betreuung und Unterbringung von Flüchtlingen?**

Der Zuschussbedarf des Produkts 05 01 02 - Hilfen nach dem AsylbLG - wird sicherlich deutlich steigen.

Nähere Ausführungen erfolgen bei Vorlage des Haushaltsentwurfs.

- **durch absehbare Mehrkosten des FB IV, die heute bereits absehbar, aber nicht etatisiert sind?**

Sollte mit dem FB IV der Geschäftsbereich 4 gemeint sein, wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

- **Gibt es aus Sicht der Kämmerei im Haushalt 2023 weiteren Bedarf für Investitionen oder Rückstellungen in größerem Umfang, die in der mittelfristigen Finanzplanung nicht enthalten sind?**

Es wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

- **Wirken sich die erheblichen Energiekostensteigerungen bei Unternehmen auf die Gewerbesteureinnahmen aus?**

Energiekostensteigerungen bei Unternehmen führen grundsätzlich – wie alle anderen Mehraufwendungen auch – zu einer Minderung des maßgeblichen Gewinns und damit zu einer niedrigeren Gewerbesteuerzahlung.

- **Welche Konsequenzen hat ein erheblicher Fehlbetrag im Haushalt 2023 für die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes?**

Ein potentieller erheblicher Fehlbetrag würde die Genehmigungsfähigkeit nicht gänzlich ausschließen. Die Modalitäten des weiteren Verfahrens ergeben sich aus den §§ 75,76 GO NRW.

Der Kämmerer hat im Zusammenhang mit der Planung für das Hallenbad Weidenau davon gesprochen, eine solche Investition sei finanzwirtschaftlich „eigentlich“ nicht darstellbar.

Wir fragen weiter:

- **Welche Bedeutung verknüpft der Kämmerer in diesem Zusammenhang mit dem Begriff „eigentlich“?**

„Eigentlich“ sollte in diesem Kontext heißen:

Auch aus Sicht der Kämmerei ist es sicherlich für eine Großstadt wie Siegen erforderlich, dass ein funktionierendes Hallenbad vorgehalten wird.

- **Ist die Investition finanzwirtschaftlich darstellbar oder nicht?**

Eine abschließende Beantwortung dieser Frage ist nicht möglich.

Auch für den Finanzminister des Bundes sind die diversen Entlastungspakete „eigentlich“ finanzwirtschaftlich nicht darstellbar.

Aus Sicht der Kämmerei wird nochmals darauf hingewiesen:

Es müssen auch und gerade im investiven Bereich in jedem Falle Prioritäten gesetzt werden.

Jede Investition führt zu Folgekosten, welche über die jährlichen Einnahmen gedeckt werden müssen.

Für eine zusätzliche Belastung des Haushalts in Höhe von 1 Mio. € müsste die Grundsteuer B rechnerisch um 30 %-Punkte angehoben werden!

Die aktuellen Prognosen der wirtschaftlichen Entwicklung (Rezession) sind zudem äußerst negativ. Von daher sind Zusatzbelastungen des Haushalts möglichst zu vermeiden.